

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**



# Brexit auf die harte Tour

## Bystron: „Die EU verhält sich wie der Warschauer Pakt!“



**Petr Bystron, MdB**

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
  - Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
  - Auswärtiger Ausschuss

@ petr.bystron@bundestag.de

f /bystronpetr

www.petrbystron.de

Durch die deutliche Ablehnung des von Premierministerin Theresa May eingebrachten Brexit-Vertrags am 15. Januar im britischen Unterhaus spitzte sich die Brexit-Krise weiter zu. Mit zunehmender Gefahr eines harten Brexit mehren sich die Stimmen, die den EU-Verhandlungsführern und insbesondere der deutschen Bundesregierung eine Mitschuld am Scheitern der Gespräche geben.

David Davis, der ehemalige Brexit-Minister, nahm Mitte Januar kein Blatt vor den Mund: „Europa war entschlossen, dafür zu sorgen, dass wir keinerlei Vorteile haben würden“, sagte er im Interview mit dem [SPIEGEL](#). Vor allem Merkel habe von Anfang an die Losung ausgegeben, es dürfe „keine [Rosinenpickerei](#)“ geben: Tatsächlich sagte Frau Merkel sinngemäß, dass Großbritannien „auf keinen Fall vom Brexit profitieren darf“.

Einer der führenden Außenpolitiker der AfD, Petr Bystron, fasste dieses Verhalten Berlins und Brüssels bei einer Diskussion im Berliner Studio des [Deutschlandfunk](#) zusammen: „Die EU verhält sich wie der Warschauer Pakt.“ Sein Eindruck: Man wolle die Briten dafür bestrafen, dass sie diesen Club verlassen. Die momentane, verfahrenere Verhandlungssituation sei das Ergebnis dieser kompromisslosen Haltung.

Sieht man sich die wahren Ursachen des Brexit-Votums an, versteht man, warum gerade Merkel den Brexit so vehement bekämpft. In einer repräsentativen

Befragung direkt nach dem Referendum gaben 45 Prozent der Brexit-Befürworter laut dem Umfrageinstitut YouGov an, der wichtigste Grund für ihre Entscheidung war die Wiedererlangung der Souveränität. Mit 25 Prozent auf Platz landete das Thema Migration. Spätere [Umfragen](#) wie die des National Centre for Social Research bestätigen diese Erkenntnis.

Selbst Anthony Glee, ein britischer Politikwissenschaftler und Historiker der Universität Buckingham, musste in der TV-Sendung „Hart aber Fair“ diese unangenehme Wahrheit offenbaren. Hätte Kanzlerin Angela Merkel die Migranten nicht aus „gutem Herzen“ eingeladen, so Glee, „wäre es nicht zu 52 Prozent pro Brexit gekommen, sondern umgekehrt“.

Petr Bystron (Obmann im Auswärtigen Ausschuss im Deutschlandfunk: „[No deal – no Business?](#)“ 16.1.2019)



<https://www.youtube.com/watch?v=UbTX62y-ewwE>



# Starke deutsche Streitkräfte für die Landesverteidigung – raus aus den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!



**Peter Felser, MdB**  
Vize-Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
  - Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
  - Verteidigungsausschuss

@ peter.felser@bundestag.de

f /peterfelserafd

www.peterfelser.de

Nach einer turbulenten Sitzungswoche im Bundestag führte mich meine Arbeit für den Arbeitskreis Verteidigung am Wochenende nach Potsdam. Hier veranstalteten die sicherheits- und militärpolitischen Experten unserer Fraktion eine Klausurtagung, um unsere Ideen zur Erneuerung der Bundeswehr klar zu formulieren. In den letzten Jahrzehnten wurde der Verfassungsauftrag Landesverteidigung sträflich vernachlässigt und die Truppe wurde in zahlreiche, nie endende Auslandseinsätze geschickt. Mittlerweile müssen wir feststellen, daß wir gar nicht mehr in der Lage sind, uns gegen einen äußeren Angreifer zur Wehr zu setzen. Das wollen wir, das müssen wir, ändern.

Wir, die Abgeordneten und Mitarbeiter, steckten zwei volle Tage noch einmal die Köpfe zusammen, um die Arbeit der letzten Wochen und Monate zu konkretisieren und ein Konzept zur Erneuerung der Streitkraft Bundeswehr zu erarbeiten. Wir behandelten viele Themenbereiche: von der Menschenführung und Auftragstaktik, über Material, Struktur und Finanzen, bis hin zu einem neuen Reservistenkorps und der Wiedereinführung der Wehrpflicht, sind alle Aspekte einer schlagkräftigen und verteidigungsbereiten Armee abgehandelt worden.



Ein emotionaler Höhepunkt war sicher der Besuch des Arbeitskreises im „Wald der Erinnerung“. Hier wird der Toten der Bundeswehr gedacht. Und für uns als ehemalige Soldaten, alle Mitglieder und Mitarbeiter haben in der Truppe gedient, war es Ehrensache, daß wir im Gedenken an unsere Gefallenen und Verstorbenen einen Kranz niederlegten. Ich verbrachte die Zeit im „Wald der Erinnerung“ auch in Gedanken an meine beiden Kameraden Torsten Stippig und Matthias Koch, die während unseres Einsatzes in Bosnien ihr Leben verloren.

Es grüßt Euch aus Berlin,  
Eurer MdB Peter Felser

## Anhörung zum Migrationspakt

Am Montag den 14.1.2019 fand die öffentliche Anhörung des Petenten Dr. Engelmeier im Beisein des Staatsministers im Auswärtigen Amt Niels Annen im großen Anhörungssaal des Marie-Elisabeth-Lüders Hauses im Deutschen Bundestag statt. Trotz des viel zu spät angesetzten Termins und der verstrichenen Möglichkeit, der Demokratie unter Mitbestimmung der Volkes Ausdruck verleihen zu können, wie Martin Hebner in der Anhörung anmerkte - der Migrationspakt wurde durch die die BRD bereits am 10.12.2018 in Marrakesch angenommen, konnten die Mitglieder der AfD Fraktion im Petitionsausschuss der Regierung und dem Auswärtigen Amt bei dieser Gelegenheit mit den prägnantesten Fragen zum Thema auf den Zahn fühlen.

Das Auswärtige Amt und Kanzlerin Merkel betonen stets, es bedürfe europäischer Lösungen bei der Migration. Die Petition selbst, entspricht der Haltung Österreichs - der EU-Ratspräsidentschaft des letzten halben Jahres. EU-Staaten wie Ungarn, Bulgarien, Tschechien, Polen und die Slowakei hätten sich dieser Haltung angeschlossen und sind dem Migrationspakt nicht beigetreten. Die Bundesregierung dagegen verabschiedete sich von einer einheitlichen europäischen Linie.

Laut dem wissenschaftlichen Dienst des deutschen Bundestages, könnte eine Protokollerklärung bei der UN sicherstellen, dass der Migrationspakt für Deutschland gemäß dem Entschließungsantrag der Koalition rechtlich unverbindlich bleibe. Dies könnte ein „Soft Law“, welches später zu Völkergewohnheitsrecht wird, verhindern. Staatsminister Annen entgegnete darauf, die Bundesregierung hätte keinen Anlass zu einer zusätzlichen Erklärung gesehen, da ihre Positionen bereits im bestehenden Rahmen des Paktes enthalten wären. Zudem läge eine mehrheitliche Willensbekundung des Bundestages vor, dem Pakt zuzustimmen. Das Verhalten der Kanzlerin wäre somit angemessen.

Johannes Huber führte weiter an, im Widerspruch zu dieser Antwort stehe der Wortlaut im Entschließungsantrag selbst. „Der Global Compact

entfaltet keinerlei rechtsändernde oder rechtssetzende Wirkung“. Die Regierungskoalition fordert allerdings, „zeitnah mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz die Voraussetzungen für geordnete legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu verbessern“. Dieses Gesetz, welches die Koalition mit dem Migrationspakt verbunden hat, kommt bereits in Kürze. Damit hat das von der UN bezeichnete Umsiedlungsprogramm seine rechtssetzende Wirkung entfaltet. Warum also lügt die Bundesregierung hier offensichtlich? Des Weiteren wurde die Petition dank der Mehrheit im Ausschuss sehr lange nicht veröffentlicht. Nie zuvor wurde das Quorum so schnell erreicht. Der AfD-Antrag für eine rechtzeitige Anhörung wurde abgelehnt. Die UN-Generalversammlung dagegen wurde vorgezogen, sodass die Anhörung erst nach Annahme des Paktes stattfinden konnte. Die Bürger hatten damit keinerlei Möglichkeit zur Mitbestimmung.

Selbst der Bundestag wurde letztlich nicht in der Sache gefragt, ob er für oder gegen den Pakt sei. Die „Freie, Rechtzeitige und Informierte Mitbestimmung“ der einheimischen Bevölkerung ist aber wesentlicher Bestandteil der UN-Erklärung über Bevölkerungstransfers von 1997. Johannes Huber stellte die Frage, ob der Bundesregierung bewusst sei, dass sie durch die bevormundende Zustimmung zum Pakt rechtswidrig gegen Art. 3 und Art. 6 dieser Erklärung gehandelt hat, was nach Art. 9 sogar Völkerrechtsverstöße darstellt, die sowohl staatliche Verantwortlichkeit, als auch individuelle strafrechtliche Verantwortung begründen, und nach Art. 10 den sofortigen Ausstieg aus dem Migrationspakt zur Folge haben muss?

Staatsminister Annen antwortete darauf, die Unverbindlichkeit des Paktes sei alleine schon dadurch bestätigt, da im Falle eines rechtlich verbindlichen Paktes kein Anlass für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz gegeben wäre. Die Debatte dazu sei „eine alte Debatte“ - bereits im Koalitionsvertrag sei dies festgehalten. Die Hypothese in Sachen Bevölkerungstransfers würde jeglicher Grundlange entbehren. Insofern wären auch die rechtlichen Ableitungen daraus „vollkommen unzutreffend“.



**Johannes Huber, MdB**

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag

 @HuberMdB

 /Johannes.Huber.AfD

@ johannes.huber@bundestag.de



# Wetter, Klima und ihre Vorhersagen



**Rainer Kraft, MdB**  
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
  - Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ordentliches Mitglied
  - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
  - Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ rainer.kraft@bundestag.de

f /rainer-kraft-115152229053025

Kaum befindet sich das Wetter in einem Zustand, der einigen Menschen im Lande Unbehagen bereitet, schon wird über die angeblichen Folgen des Klimawandels schwadroniert und auf die aktuelle Wetterlage gefolgert. Die Grenze zwischen der langfristigen Klimabetrachtung und der kurzfristigen Wetterbeobachtung wird bewusst ignoriert. Abseits der für manche Journalisten ungeheuerlichen Erkenntnisse, dass es im Sommer warm und im Winter kalt ist, kann man jedoch einige Rückschlüsse ziehen. Nämlich aus den Veröffentlichungen der Klimapropheten.

„Winter mit starkem Frost und viel Schnee wie noch vor zwanzig Jahren wird es in unseren Breiten nicht mehr geben“, so M. Latif, anerkannter Klimaexperte im Jahre 2000. Abseits der aktuellen Häme zu dieser Aussage kann man aber feststellen, dass einerseits vor 20 Jahren die Bereitschaft noch vorhanden war, kurzfristige Klimaprophetieungen zu tätigen. Heute sind da alle selbsternannten „Klimaexperten“ sehr viel vorsichtiger geworden und postulieren Ereignisse weit nach ihrem Renteneintrittsalter.

Andererseits, dass damals der Klimawandel ausschließlich als Erwärmung adressiert wurde. Das Faktum von nach wie vor kalten Wintern mit Schnee passt in keiner Weise zu den Vorhersagen der Klimaexperten von vor

20 Jahren. Natürlich ist der jetzige Winter nur eine Wettererscheinung, aber dass dieses Wetter jetzt, 20 Jahre nach diesen Vorhersagen noch in dieser Art und Weise vorkommt, stellt die damaligen Vorhersagen in Frage. Weiterhin passt es nicht in das bisher kommunizierte Bild des Klimawandels, dass auch Kälteeinbrüche durch die Erderwärmung hervorgerufen sein sollen, siehe Zitat M. Latif.

Wenn aber diese Vorhersagen nicht stimmen, was ist mit den anderen in diesem Zusammenhang getroffenen Voraussagen, die maßgeblich die Politik der letzten 20 Jahre geformt haben, hunderte von Milliarden gekostet haben und für die niemand die Verantwortung übernimmt?

Es gab in der Geschichte Zeiten, in denen derartig falsche Postulate die Stigmatisierung für das wissenschaftliche Ansehen ihrer Urheber bedeutet hätten. Heute hingegen werden solche „Experten“ weiterhin von Politik und GEZ Medien hofiert und gut bezahlt, statt sie als ideologiegetriebene Scharlatane und Wanderprediger zu markieren.

Bleiben wir unserem Gründungsideal treu! Mut zur Wahrheit bedeutet auch den Mut, in ideologisierten Debatten wissenschaftlich zu bleiben.



## Hans-Jörg Müller, MdB Parlament. Geschäftsführer

Wahlkreis 225: Traunstein

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

@ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f /MdB.Mueller

Liebe bayerische AfD-Mitglieder,

das Thema Verfassungsschutzbeobachtung überragt gerade alles, auch die Arbeit in unserer Bundestagsfraktion. Der Verfassungsschutz moniert z.B. folgenden Redetext, den Dr. Alexander Gauland am 9. Juni 2018 auf unserem Landesparteitag in Bayern hielt: „Wir befinden uns in einem Kampf gegen Kräfte, die ihr globalistisches Programm der Nationenauflösung, der ethnisch-kulturellen Vereinheitlichung und der Traditionsvernichtung als die Menschlichkeit und Güte selbst verkaufen. Wir sollen uns im Dienst des Menschheitsfortschritts verdrängen lassen. Wir sollen uns als Volk und Nation in einem großen Ganzen auflösen. Wir haben aber kein Interesse daran, Menschheit zu werden. Wir wollen Deutsche bleiben“

<https://www.tagesspiegel.de/politik/verfassungsschutz-das-gutachten-das-die-afd-zum-prueffall-macht/23879680.html>

Aha: nach Auffassung des sogenannten Verfassungsschutzes wird als angeblicher Grundgesetzfeind verfolgt, wer das menschheitsgeschichtliche Faktum vertritt, dass Völker zuvorderst ethnisch-traditionell gewachsene Zusammenschlüsse sind und keine künstlich zusammengewürfelten Sied-

lungsgruppen. Die Auffassung, dass weltweit alle Ethnien dasselbe Anrecht hätten, auf dem deutschen Staatsgebiet zu siedeln wie wir angestammte Deutsche, ist Grundgesetzfeindlichkeit pur: es widerspricht dem Völkerrecht und es ist eine Diskriminierung gegen uns Staatsvolk, weil erst wir als oberster Souverän die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland überhaupt ermöglichen.

Es macht keinen Sinn mehr, gegenüber dem Verfassungsschutz weiterhin nur die PASSIV-Strategie zu fahren (in der Rechtsfertigungsecke sitzen, keine Angriffsflächen bieten wollen) und noch tiefer über jedes Stöckchen einer AfD-Selbstverleugnung zu springen, bis wir uns inhaltlich selbst erledigt haben. Es muss eine GESAMT-Strategie her, welche eine neue AKTIV-Komponente generiert und nach vorne stellt: den grundgesetzwidrigen Missbrauch des Inlandsgeheimdienstes durch die Altparteien so lange aktiv anzuprangern, bis er aufhört! Eine entsprechende „Kleine Anfrage“ bringe ich gerade mit Mitstreitern in die AfD-Bundestagsfraktion ein.

Mit freundlichen Grüßen  
Euer Hansjörg Müller  
Parlamentarischer Geschäftsführer

# Reform des rot-grünen Prostitutionsgesetzes

**Tobias Peterka, MdB**  
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

• **Stellv. Vorsitzender**

- Unterausschuss Europarecht

• **Ordentliches Mitglied**

- Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka

Am 16. Januar wurde durch die Abgeordneten Leni Breymaier (SPD) und Frank Heinrich (CDU) ein parlamentarischer Abend zu dem „französischen Modell“ einer Prostitutionsgesetzgebung veranstaltet. Ort war die französische Botschaft. Zu Gast war die ehemalige frz. Frauenrechtsministerin Laurance Rossignol sowie – weitaus interessanter – mit Sandra Norak ein Loverboy-Opfer der ausufernden deutschen Prostitutionsindustrie.

Während die ehemalige Ministerin und heute Senatorin blutleer blieb, war der Vortrag von Frau Norak sehr aufschlussreich und machte betroffen. Aussagen zum kulturellen Hintergrund ihres damaligen Zuhälters wurden jedoch tunlichst vermieden.

Zwar erkannten die Meinungsführer der ca. 50 Anwesenden den fatalen Fehler der rot-grünen Bundesregierung, welche 2002 die Sittenwidrigkeit der Prostitution (und damit de facto der Zuhälterei) abgeschafft hatte. Deutschland ist

längst das Bordell Europas. Auch eine spätere Anpassung (Prostitutionsschutzgesetz) ging an der Realität vorbei. Die Schlüsse des Abends waren jedoch: ein simples Verbot würde quasi sofort „par ordre du mufti“ zu einem Abebben des Rotlichtbetriebes führen. Mit keinem Wort wurden Parallelgesellschaften oder schwache Rechtsdurchsetzung erwähnt.

Die Wiedereinführung der Sittenwidrigkeit ist natürlich zu begrüßen! Jedoch muss dies flankiert werden durch operative Aufstockung der Polizei sowie der Ordnungsämter. Frauen (und Männer, die quasi negiert wurden) profitieren in erster Linie von effektiven Schutzprogrammen als Opfer von Zuhälterei und Menschenhandel. Die Deutungshoheit des Abends war naiv. Harte Gesetzesformulierungen gehen ins Leere ohne harte Rechtsdurchsetzung. Gerade in Migrantenmilieus, die diesen Staat verachten.

Ich werde das Thema im Arbeitskreis Recht ansprechen.



# Grüne Woche wird heuer blau!

## Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Das neue Jahr ist gleich turbulent gestartet, dass man die Neujahrserholung gleich wieder vergessen hat. Zuerst der Bombenanschlag auf ein AfD Büro, der Angriff auf unseren Kollegen Magnitz und als Sahnehäubchen oben drauf die Ankündigung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass man uns nun prüfen wolle.

Wir handeln aber weiter getreu dem Motto: „Ein jeder prüfe sich selbst“ und setzen unbeirrt weiter neue Impulse in allen Politikfeldern. Und dazu bot sich genügend Gelegenheit. Für mich als Sprecher des Arbeitskreises „Ernährung und Landwirtschaft“ war natürlich die Grüne Woche ein zentrales Ereignis. Sie ist international die bedeutendste Messe für Ernährung und Landwirtschaft.

Zahlreiche Gespräche wurden geführt, Ideen ausgetauscht, Impulse für den Bundestag mitgenommen. Und auch hier begegnete man Menschen, die offen gegenüber unserer neuen basisdemokratischen Bewegung

waren. Ein Höhepunkt war die Podiumsdiskussion aller agrarpolitischen Sprecher bei den Landfrauen. Ja, es wurde gestritten, aber sachlich. Und da durfte das Publikum aus erster Hand erleben, was es bedeutet, im Dialog mit allen Parteien zu stehen.

Besonders beeindruckend und ernüchternd zugleich war die Pressekonferenz der Bundestierärztekammer. Ärzte schilderten die Auswüchse der Qualzucht. Nutztiere werden auf wirtschaftliche Eigenschaften hochgezüchtet, so dass sie ein schmerzvolles Leben mit großen Nebenwirkungen erleiden, sei es bei Sauen, die viele Ferkel werfen, oder bei Mastschweinen, die besonders viel Gewicht in kurzer Zeit zulegen.

Hier wurde den Zuhörern ganz deutlich vor Augen geführt, welche Verantwortung wir vor der Umwelt und der Tierwelt haben. Als AfD Fraktion werden wir dieses Jahr noch stärker ein besonderes Augenmerk auf diese Aspekte legen!



**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



Politik für Deutschland  
**AfD Bayern im Bundestag**